

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

3.8.1927 (No. 178)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, zwangsweiser Verbreitung, und sonstigen Anzeigen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Badische Bezirksrats- und Kreiswahlen im November 1926

II.  
Gegenüber den Wahlen im Jahr 1922 haben sich die Anteile der Parteien und Wählergruppen in den Wahlergebnissen recht bemerkenswert verschoben. Bei den Bezirksratswahlen haben Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und Wirtschaftliche Vereinigung einschließlich Sonstige Zunahmen zu buchen, während Sozialdemokraten, Demokraten, Landbund und Deutschnationale Abnahme zu verzeichnen haben. Bei den Kreisabgeordnetenwahlen zeigt sich die gleiche Erscheinung mit dem Unterschied, daß die Deutschnationalen ihren Bestand behaupten.

Der Anteil der Frauen an den Mandaten hat durch die Neuwahlen eine wesentliche Änderung nicht erfahren. Er ist für die Kreisabgeordneten von 7 auf 6 zurückgegangen, und zwar hat das Zentrum eine Abnahme (von 4 auf 2), dagegen die Sozialdemokratie eine Zunahme (von 2 auf 4) erfahren, während die Deutsche Volkspartei ihr Frauenmandat verlor. Bei den Bezirksratswahlen behielt das Zentrum einen Frauenstuhl (im Bezirksrat Freiburg).

Die Verteilung der neugewählten Bezirksräte auf die 40 Amtsbezirke ist der folgenden Übersicht zu entnehmen, die unter der Zahl der Gewählten in Freiburg enthaltene Frau ist in Klammer beigelegt. Die Reihenfolge richtet sich nach den im Laufe erreichten Gesamtstimmzahlen der einzelnen Parteien.

Kreis	Amtsbezirke	Gewählte Bezirksräte, Zahl									
		Überhaupt	Z	S	D	Lib	Dn	K	W	Sonst.	
Kreis Konstanz:	Engen	8	5	1	1						1 <sup>1)</sup>
	Konstanz	10	5	2	2						1
	Mehlfisch	6	4	1	1						1 <sup>1)</sup>
	Müllersdorf	6	5	1							1 <sup>1)</sup>
	Stodach	7	4	1	2						
	Überlingen	8	5	1	2						
Kreis Balingen:	Donauessingen	8	5	1	1						1 <sup>1)</sup>
	Balingen	9	5	2	2						
	Kreis Waldshut:	Edingen	8	4	2	1	1				
Waldshut	9	5	1	1						2 <sup>1)</sup>	
Kreis Freiburg:	Emmendingen	9	3	2	1	2	1				
	Freiburg	11(1)5(1)3									2
	Neustadt	8	5	1	1						1 <sup>1)</sup>
	Staufen	8	6	1	1						
	Waldkirch	8	5	1	1						2 <sup>1)</sup>
	Kreis Lörrach:	Lörrach	9	1	2	1					
Müllheim		8	2	1	3						2 <sup>1)</sup>
Schopfheim		9	3	2	1	1	1				1 <sup>1)</sup>
Kreis Offenburg:	Rehl	8	1	2	1	3	1				
	Badst.	9	4	1	2		2				
	Oberkirch	8	5	1	1						
	Offenburg	9	7	2							
Wolschach	8	4	2	1							
Kreis Baden:	Bühl	9	6	1							1 <sup>1)</sup>
	Mastadt	11	6	3	1						
Kreis Karlsruhe:	Bretten	8	1	2	1		1	3			
	Buchal	10	6	2				1			
	Eitingen	8	4	3							1
	Karlsruhe	13	3	5	1	1	1	1			
	Forstheim	11	1	4	1		1	1	2		1 <sup>1)</sup>
	Kreis Mannheim:	Mannheim	15	3	6	1	2	2	1		
Weinheim		8	2	2							3 <sup>1)</sup>
Kreis Heidelberg:		Heidelberg	11	2	4	1	1	1			1 <sup>1)</sup>
Sinsheim	9	2	2	1	4						
Wiesloch	8	6	1								
Kreis Mosbach:	Adelsheim	7	4	1		2					
	Buchen	8	6	1							
	Mosbach	9	5	1	1	1					
	Laubersheim	8	5	1	2						
	Wertheim	7	3	1	2						

\*) 3 = Zentrumspartei, S = Sozialdemokratische Partei, D = Deutsche Demokratische Partei, L = Badischer Landbund, Lib = Deutsche liberale Volkspartei, Dn = Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), K = Kommunistische Partei, W = Wirtschaftliche Vereinigung des Badischen Mittelstandes.  
1) Rechtsblock — 2) Freie Bauernvereinigung — 3) Wirtschaftliche Vereinigung Pfullendorf — 4) Vereinigte Rechtsgruppen und Bauernpartei — 5) Landwirtschaft und Gewerbe (Mittelstandsvereinigung) — 6) Bauernpartei — 7) Vereinigter Mittelstand — 8) Bürgerliche Partei — 9) Bürgerliche Vereinigung ohne Parteizugehörigkeit — 10) Bürgerliche Wahlvereinigung — 11) Gewerbe, Grund- und Hausbesitz — 12) Ortsvereine der Amtsbezirke Bühl — 13) Sparerschubbund — 14) Bezirksblock — 15) Bürgerliche Vereinigung.

Die letzte Übersicht bringt die neugewählten Mitglieder der 11 Kreisversammlungen nach ihrer Parteistellung. Unter a sind jeweils die in den Amtsbezirken der Kreise nach den Grundfragen der Verhältniswahl gewählten Kreisabgeordneten, unter b die durch Mehrheitswahl auf vier Jahre von den Kreisversammlungen hinzugewählten Mitglieder der Kreisversammlungen, unter c die Gesamtzahl der Mitglieder der Kreisversammlungen aufgeführt. Die unter der Zahl der Gewählten enthaltenen Frauen sind wieder in Klammer beigelegt.

Kreis	Gewählte Kreisabgeordnete und Mitglieder des Kreisamtschusses (Zahl)									
	Überhaupt	Z	S	D	Lib	Dn	K	W	Sonst.	
Konstanz	a	45	29	5	6				1	4 <sup>1)</sup>
	b	12	8	2	2					
	c	57	37	7	8				1	4 <sup>1)</sup>
Balingen	a	14	8	2	3					1 <sup>1)</sup>
	b	9	5	1	2	1				
	c	23	13	3	5	1				1 <sup>1)</sup>
Waldshut	a	14	7	3	3					1 <sup>1)</sup>
	b	6	3	1	2					
	c	20	10	4	5					1 <sup>1)</sup>
Freiburg	a	48(1)	24	9(1)	2	2	2	1	3	5 <sup>1)</sup>
	b	10	5	2	1	1				1
	c	58(1)	29	11(1)	3	3	2	1	4	6 <sup>1)</sup>
Lörrach	a	21	5	4	3	1	1			6 <sup>1)</sup>
	b	8	1	2	1					4 <sup>1)</sup>
	c	29	6	6	4	1	1			10 <sup>1)</sup>
Offenburg	a	37	18	7	4	2	5	1		
	b	11	6	2	1	1	1			
	c	48	24	9	5	3	6	1		
Baden	a	25	15	6	1	1	1	1		1 <sup>1)</sup>
	b	6	4	1	1					
	c	31	19	7	2	1	1	1		1 <sup>1)</sup>
Karlsruhe	a	73(4)	18(2)	23(2)	3	3	6	9	5	3 <sup>1)</sup>
	b	9	3	3						1
	c	82(4)	21(2)	26(2)	3	3	7	11	5	3 <sup>1)</sup>
Mannheim	a	52(1)	11	17(1)	3	6	2	7	3	3 <sup>1)</sup>
	b	8	1	3	1	1	1	1		
	c	60(1)	12	20(1)	4	7	3	8	3	3 <sup>1)</sup>
Heidelberg	a	32	11	7	2	4	2	3	2	1 <sup>1)</sup>
	b	10	4	3		1	1			1 <sup>1)</sup>
	c	42	15	10	2	5	2	4	2	2 <sup>1)</sup>
Mosbach	a	35	22	4	2	6	3			
	b	8	5	1		2				
	c	43	27	5		8	3			

\*) Siehe Anmerkung \*) oben.  
1) 1 Rechtsblock, 2 Freie Bauernvereinigung Mehlfisch, 1 Wirtschaftl. Vereinigung Müllersdorf — 2) Vereinigte Rechtsgruppen und Bauernpartei — 3) Landwirtschaft und Gewerbe (Mittelstandsvereinigung) — 4) 1 Bauernpartei — 5) Vereinigter Mittelstand, 2 Bürgerliche Partei, 1 Bürgerliche Vereinigung, 1 Vereinigte Verbände der Geschädigten — 6) 3 Bürgerliche Wahlvereinigung — 7) Mittelstandsvereinigung — 8) Siehe \*) und 9) — 9) Rechtsblock — 10) 1 Wirtschaftliche Bürgervereinigung, 1 Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung, 1 Sparerschubbund — 11) Bezirksblock — 12) Bürgerliche Vereinigung — 13) Bauernpartei der Bürgergruppe — 14) Siehe 11) und 12).

Eine Ferienminister-Besprechung in Berlin. Nach einer Mitteilung des „Verl. Volant.“ werden die außerhalb Berlins weilenden Minister zum größten Teil Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche zurückkehren, um an der Feier des Verfassungstages teilzunehmen, und ferner eine Aussprache über die allgemeine politische Lage zu haben. Es heißt in der Mitteilung des genannten Blattes noch, es scheine eine solche Maßnahme der Mitglieder des Kabinetts um so gebotener, als sie wahrscheinlich die letzte Zusammenkunft vor dem Zusammentritt des Völkerrats werden.

Hörungs Nachfolge. Nach der Meldung eines Magdeburger Blattes sollte damit zu rechnen sein, daß das preussische Kabinett dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Baentig zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernennen würde. Wie das „Volant.“ auf Grund einer aufständigen preussischer Stelle erfährt, ist es zwar richtig, daß Professor Baentig für diesen Posten in erster Linie in Frage kommt, doch dürfte die endgültige Regelung der Nachfolge Hörings erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Druckverlegung der „D.A.Z.“. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 1. April des kommenden Jahres ab nicht mehr in der Druckerei der preussischen Staatsregierung, sondern im Eugenbergerverlag gedruckt werde. Diese Änderung in der Drucklegung der „D.A.Z.“ soll nach den Informationen des sozialdemokratischen Blattes gleichbedeutend sein mit dem völligen Übergang der „D.A.Z.“ in den Besitz des Eugenberger-Konzerns.

### Die Oberheinfrage

Ministerialdirektor Dr.-Ing. Rudolf Fuchs, der Präsident der badischen Wasser- und Eisenbahndirektion, behandelte in den „Beiträgen zur Oberheinfischen Landeskunde“, Heft 22, Deutscher Geographentag dieses Themas, und es ist davon jetzt im Verlag von Ferd. Hirth, Breslau ein Sonderabdruck erschienen. Wir werden hier von einem der besten Kenner über die Oberheinfrage unterrichtet, weshalb im Nachstehenden ein Auszug aus der Schrift gegeben sei:

Einleitend wird darauf verwiesen, daß das Wort „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ eine geographische Wahrheit ist, trotz wechselnder politischer Grenzbestimmung. Germanisches Volkstum umfaßt seine Ufer und den größten Teil seiner Zuflüsse. Geographisch, ethnographisch und kulturgeschichtlich ist das Rheingebiet eine natürliche Einheit, welche die Politik in verhängnisvoller Weise vielfach zerrissen und aufgelöst hat, so daß heute außer Deutschland noch die Niederlande, Frankreich, die Schweiz, Österreich, Luxemburg und Belgien teils unmittelbar am Hauptstrom, teils mittelbar an den Zuflüssen beteiligt sind. Verschiedene staatliche und wirtschaftliche Verhältnisse stoßen deshalb am Rhein aufeinander und stören sich gegenseitig, wobei die freie wirtschaftliche Entfaltung vielfach gehemmt wird. Zollschranken sind aufgerichtet, wo der Verkehr frei vom linken zum rechten Ufer und von Berg zu Tal fluten möchte. Der Schiffer und Kaufmann treffen auf eine mannigfaltige Gesetzgebung und Verwaltung.

Diese Verhältnisse haben schon vor über hundert Jahren zwischenstaatliche Vereinbarungen über die zur Förderung der Rheinschiffahrt nötigen Maßnahmen erforderlich gemacht. Die Rheinschiffahrtsakte ist auf Grund der Wiener Kongreßbeschlüsse entstanden. Ihre letzte Fassung im Jahre 1863 (Mannheimer Akte) vertritt den Grundgedanken der Freiheit der Schifffahrt von Basel bis zum Meer; sie kennt keine Vorrechte der Anliegerstaaten; alle Schifffahrtstreibenden werden am ganzen Rhein und in den Häfen gleich behandelt. Beschränkungen kennt die Akte nur, soweit die Sicherheit des Verkehrs solche erheischen, oder um die Zollüberwachung durchzuführen oder um gesundheitliche Nachteile abzumenden. Unter der Herrschaft der Mannheimer Akte entwickelte sich während der Friedensperiode 1871—1914 der Rheinerwerb in ungeahnter Weise und ohne Reibung. In diese glückliche wirtschaftliche Entwicklung griff der Weltkrieg und seine ökonomischen und politischen Folgen nachteilig ein. Versäumlte stürzte das bisher herrschende Prinzip, indem es zwar vorläufig die Mannheimer Akte bestehen ließ, aber die Zahl von Signatarstaaten vermehrte und die Zentralkommission vergrößerte, sowie gewisse Bestimmungen der Akte als nicht bestehend erklärte. Der damit geschaffene neue Zustand beruht nicht mehr auf freier Vereinbarung, sondern auf einem einseitigen Siegerdiktat; er trägt darum ein schleichendes politisches Gift in sich, das um so gefährlicher sein muß, als die Rechte der deutschen Rheinfahrerstaaten nach der neuen Ordnung in einem geradezu schreienden Mißverhältnis zu den wirtschaftlichen Belangen Deutschlands am Rheinerwerb stehen. Von dem Gesamtverkehr im Jahre 1918 von 109 181 065 Tonnen entfielen auf den deutschen 71 651 416 Tonnen. Von der Rheinflotte im Jahre 1912 — 1871 Dampfschiffe mit 354 566 PS; 10 872 Segelschiffe und Schlepplähne mit 4 925 764 Tonnen — kamen auf Deutschland 747 Dampfschiffe mit 139 175 PS oder rund 53,4 Prozent; 3187 Segelschiffe und Schlepplähne mit 2 243 900 Tonnen oder rund 45,6 Proz. An den 1721 Kilometer Ufer hatte Deutschland im Jahre 1919 1200 Kilometer Anteil. Demgegenüber sind von 19 Mitgliedern in der neuen Zentralkommission den vier deutschen Uferstaaten je einer, also im ganzen vier, zuerkannt worden! Ebensoviel zählt Frankreich, das außerdem den einflussreichen Präsidentenposten dauernd sich gesichert hat; der Sitz der Kommission ist nach Straßburg verlegt; die Amtssprache ist das Französische. Der Generalsekretär ist Belgier, der erste Sekretär Franzose. Der Umstand, daß im Gegensatz zu dem früheren Verhältnis den einzelnen Staaten eine verschiedene Stimmzahl zugewiesen worden ist, läßt darauf schließen, daß künftighin Mehrheitsbeschlüsse gefaßt und ohne Rücksicht auf die Minderheit ausgeführt werden sollen; sonst hätte es genügt, jeden Staat durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, wenn die Beschlüsse zu ihrer Inkraftsetzung wie bisher der Ratifikation durch jeden einzelnen der an der Akte beteiligten Staaten bedürfen. So stellt die neue Ordnung einen vollkommenen Bruch mit dem segensreichen Grundgedanken der allgemeinen Übereinstimmung und der wohlüberlegten Abtug vor der Souveränität der Uferstaaten dar. Die durch den Verfallener Vertrag veränderte Rheinschiffahrtsakte ist keine freie Vereinbarung der Rheinfahrerstaaten mehr, sondern ein politisches Diktat, das die Siegerstaaten einseitig begünstigt und die Zentralkommission zu einem politischen Werkzeug macht, das vermöge seiner ungerechten Zusammenfügung fortwährend zum Nachteil der im Krieg unterlegenen Staaten wirken muß.

Der Rhein war bis vor 20 Jahren für eine regelmäßige Großschiffahrt nur bis Mannheim schiffbar; nur während der Sommermonate mit ihrem reichlichen Wasserzufluß von den Alpen gelangten große Rähne bis Straßburg-Hehl; im übrigen mußte die Schifffahrt oft und lange Zeit unterbrochen werden. Nachdem Elzab-Löhringen im Jahre 1871 deutsch geworden war, wurden die Bestrebungen tege, die Rheinschiffahrt bis Straßburg weiterzuführen. Jenseits des Rheins dachte man an einen Seitenkanal von Ludwigshafen aufwärts bis Straßburg, wo der Anschluß an die von Straßburg ausgehenden Kanäle gewonnen werden konnte.

Weldt in Mitteldeutschland glaubten viele, in einem Rheinseitenkanal — sei es links oder rechtsrheinisch — die Lösung suchen zu sollen; die meisten Ingenieure hielten den Ausbau der Lullaschen Rheinregulierung zu einer vollwertigen Schiffahrtsstraße für unmöglich, bis der badische Oberbaudirektor Honnell den Nachweis führte, daß durch den Einbau von Wehren in das 250 Meter breite Rheinbett und die Ausbildung einer geschlängelten Niederwasserlinie zwischen den Ufern ein Fahrwasser von hinreichender Breite und Tiefe hergestellt werden könne, so daß auch bei niederen Wasserständen noch eine Tiefe von 2 Meter vorhanden sein werde (an mindestens 318 Tagen durchschnittlich). Trotz großer Widerstände in Straßburg errang Honnell's Vorschlag schließlich den Sieg, und im Jahre 1907 konnte nach vorausgegangenem Abschluß eines Staatsvertrages zwischen Baden, Elsaß-Lothringen und Bayern mit der Ausführung der Rheinregulierung zwischen Straßburg u. Sondernheim begonnen werden. Dem Wert war ein voller Erfolg beschieden, wie auch von der anfangs widerstrebenden Straßburger Handelskammer von Jahr zu Jahr mehr anerkannt wurde. Das Aufblühen der in den 40er Jahren gebauten Häfen in Straßburg, Kehl und Karlsruhe sind die Beweise dafür, daß es gelungen ist, aus dem von Lulla gebändigten Wildstrom eine veredelte Wasserstraße herzustellen, die den großen Rheinfähren, meist ohne Leichterung in Mannheim, gestattet, fast das ganze Jahr bis Straßburg hinaufzuverkehren.

Der weitreichende Gedanke, die Rheinschiffahrt nach oben hin weiter zu entwickeln, zunächst nach Basel und dann weiter bis zum Bodensee, konnte trotz der unermüdbaren Vorläuferarbeit des Basler Ingenieurs Rudolf Gelpke solange nicht recht Wurzel fassen, als der praktische Erfolg der Honnell'schen Regulierungsmethode noch nicht jedermann klar vor Augen lag. Nachdem oberhalb Basel bei Rheinfelden und Augst-Wählen große Kraftwerke entstanden waren, hielt man es für wirtschaftlich, auch abwärts Basel, wenigstens bis gegen Dreisbach hinab, die Rheinwasserkräfte nutzbar zu machen. Während man im Elsaß die Rheinstrecke Basel—Straßburg ausschließlich von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete, wollte Baden durch die Ausnutzung der Rheinwasserkräfte die Möglichkeit späterer Schiffbarmachung nicht gefährdet sehen. Infolge dieses Gegenstandes konnte der von den Ingenieuren Köhlin und Poteratz und der deutschen Firma Havestadt und Contag ausgearbeitete Plan, bei Rembs ein Kraftwerk zu errichten, womit sich die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt während der Jahre 1906—1910 befaßte, nicht ausgeführt werden, weil Baden darauf bestand, daß der planmäßige Ausbau des Oberrheins zu einem vollwertigen Großschiffahrtsweg einer näheren Prüfung unterzogen werde. Durch den Krieg verzögerten sich diese Arbeiten; es kam zur Aufstellung eines allgemeinen Entwurfes des Oberbaurates Kupferschmidt für eine Kanalisierung des Rheins zwischen Basel und Straßburg mit Berücksichtigung der Kraftgewinnung. Auf einen derartigen Plan hätten sich die beteiligten Mächte Elsaß-Lothringen und Baden vielleicht geeinigt, wenn sich die politischen Verhältnisse durch den Kriegsausgang nicht völlig geändert hätten.

In der Schweiz freilich wollten die wenigen, welche vor dem Krieg unter Führung Gelpke's die Großschiffahrt bis Basel wünschten, von dem Einbau von Wehren, sei es zur Kraftgewinnung, sei es zur Kanalisierung, nichts wissen; ihnen war der „freie“ Rhein, reguliert durch Wehren und Grundschwelle mit eingebauter Niederwasserlinie nach dem Vorbild der Honnell'schen Rheinregulierung, das den Erfordernissen Basels und der Schweiz allein genügende Ziel. Die Schweiz hat seit dem Wiener Kongreß ihr Recht vertreten, daß der Rhein von Basel bis zum Meer von schiffahrtshindernden Wehrebauten freigehalten werden müsse. Abgesehen davon, daß die Schweiz von der Kraftgewinnung am Rhein abwärts Basel keinen Nutzen; ihr mußte mehr an der Ausnutzung der reichen Wasserkräfte im eigenen Land an der Rheinstrecke Bodensee—Basel gelegen sein. Bei der Verflochtenheit der Verhältnisse der Schweiz und Deutschlands, insbesondere Badens, bestand kaum die Möglichkeit, einen Entwurf gegen den beiderseitigen Willen der Schweiz zur Ausführung zu bringen. Darum bemühte man sich deutscherseits, durch genaue Prüfung aller Möglichkeiten das technisch-wirtschaftlich geeignetste Projekt zu finden. Nachdem schon im Jahre 1918 von Baden und der Schweiz gemeinsam ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die badisch-schweizerische Rheinstrecke Basel—Bodensee ausgeschrieben worden war, wurde noch während des Krieges eine besondere deutsche Stelle vorgesehen, welcher die Aufgabe zugewiesen wurde, das Gesamtproblem der Schiffbarmachung des Rheins zwischen Straßburg und dem Bodensee zu behandeln. Der Wettbewerb wurde infolge des Krieges erst im Jahre 1920 beendet und lieferte ein günstiges Ergebnis; dagegen konnte infolge des Kriegsausganges und der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Veränderungen die vorgenannte deutsche Stelle nicht in Wirksamkeit treten.

Durch das Versailler Diktat wurde Deutschland (Baden) der ihm bisher gemeinsam mit Elsaß-Lothringen zustehenden Ausnutzung des Rheins entlang der nunmehrigen deutsch-französischen Grenze beraubt. Frankreich darf nur noch allein alle diese Rechte nutzen, sei es zur Bewässerung, sei es zur Schiffahrt oder Krafterzeugung. Baden muß ohne Entschädigung auf seine alten Bewässerungspläne der Rheinebene verzichten. Baden wird der Genuß der Stromschiffahrt entzogen, wenn es Frankreichs Wille ist, die Schiffahrt in einem linksrheinischen Kanal zu verlegen. Deutschland hat keinen Einfluß auf die Gestaltung der Stauanlagen, die Frankreich errichten kann, wie es will, ohne Verpflichtung, sich mit seinem Nachbar zu verständigen. Es kann den Rhein in einen Seitenkanal ableiten, den Rheinlauf damit trockenlegen und die badische Rheinniederung in unbedenkbarer Weise schädigen. Nur für den Wert der Gäfte der gewonnenen Kraft soll Baden entschädigt werden. Wer weiß, wie unsicher solche Rechnungen sind, deren Unterlagen zudem in französischer Hand liegen, der wird den Wert dieser Entschädigungsbestimmung für Deutschland nicht überschätzen. Dabei wird die Entschädigung auf die heute noch nicht feststehende Kriegsschädigung angerechnet.

In Summa ist Deutschland am Oberrhein aufwärts Mannheim entweder schon von vornherein aus der Stromausnutzung und dem Strombau ausgeschlossen oder mit einer Art von Zwangsverwaltung durch die von Frankreich und seinen Freunden beherrschte Zentralkommission bedroht. Dies alles nach den großartigen Anstrengungen und Erfolgen deutscher Wasserbaukunst und Verwaltung am deutschen Rhein!

Deutschland hat kein Recht mehr auf den Ausbau des französisch-deutschen Rheins zur Kraftgewinnung und darf auf seinem Gebiet keinen Schiffahrtskanal anlegen, der dem Rhein Wasser entnimmt. Dagegen blieb die Regulierung des Rheins mit Zustimmung der Zentralkommission durch Deutschland möglich. Nachdem Deutschland aber von der Kraftnutzung ausgeschlossen war, hatte es erst recht keinen Vorteil mehr von einem etwaigen Kraft- und Schiffahrtskanal, der ihm nur noch Nachteile bringen konnte; es verlor sogar das Interesse an der Stromkanalisierung mit ihren Nachteilen für die Landwirtschaft der Rheinniederung; es mußte sich auf diese Weise dem schweizerischen Plan einer Stromregulierung zuwenden, der ihm wenigstens seinen natürlichen Anteil an der Rheinschiffahrt sichert und auch landeskulturelle Vorzüge gegenüber den anderen Plänen aufweist. Aber dies gebot die Klugheit Deutsch-

land, es mit der Schweiz nicht zu verderben, damit nicht die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß die Schweiz oberhalb Basels der gemeinsamen und nach dem Krieg für Deutschland so bitter notwendigen Kraftgewinnung Schwierigkeiten machte oder gar bei der Zentralkommission den Antrag stellte, die in Artikel 358 vorgesehenen Befugnisse zu gewähren, wodurch Deutschland auch der wertvollen Oberwasserkräfte beraubt worden wäre.

## Politische Neuigkeiten

### Zur Hindenburgspende

veröffentlicht nun auch die Deutsche Volkspartei ihren Aufruf. Es heißt darin:

„Die Reichsregierung und die Regierungen der Länder haben zum 80. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten zu einer Hindenburgspende aufgerufen. Dieser Aufruf hat in den Herzen des deutschen Volkes lebhaften Widerhall gefunden. Die Spende soll eine Angelegenheit des ganzen Volkes sein. Alle diejenigen, die sich in der Verehrung des Herrn Reichspräsidenten als des verkörperten Sinnbildes deutscher Volksgemeinschaft zusammenfinden, wollen durch Darbringen der Spende ihrem aufrichtigen Dank Ausdruck geben, daß er wie einst als Heerführer, so jetzt als Inhaber des höchsten Amtes des Reiches die ganze Kraft und Persönlichkeit für das Vaterland einsetzt und uns ein leuchtendes Vorbild wahrster und treuester Pflichterfüllung ist.“

Die Anhänger und Freunde der Deutschen Volkspartei werden, das sind wir sicher, in den vorerwähnten Reihen stehen, um der Hindenburgspende zu ihrem vollen Erfolg zu verhelfen. Es ist eine Ehrenpflicht für uns, uns nach bestem Können an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen und darüber hinaus über alle Parteigrenzen hinweg mit allen anderen Vaterlandsfreunden uns zu vereinen, um die Durchführung der Spende sicher zu stellen. Die Tatsache, daß der Herr Reichspräsident in Aussicht gestellt hat, die aufkommenden Mittel in erster Linie den Kriegsoffizieren zuzumachen, muß uns ein Ansporn zu besonders eifriger Tätigkeit sein.“

### Amerikanische Kritiken des Dawesplanes

Der New Yorker Finanzmann Bernhard Baruch, der während des Weltkrieges Vorsitzender des Amtes für Kriegsinvestitionen war, erklärte nach seiner Rückkehr aus Europa in einem Interview, es dürfte sich innerhalb der nächsten zwei Jahre als notwendig erweisen, den Dawesplan vollkommen zu revidieren. Eine beinahe vollständige Aufgabe des Dawesplanes mit seiner beweglichen Zahlungsrate, und die Festsetzung einer bestimmten Reparationssumme sei notwendig, was aus dem Konflikt zwischen den Zahlungen auf Grund des Dawesplanes und den deutschen Industrie- und Staatsanleihen hervorgehe. Die Reparationszahlungen würden wahrscheinlich im Jahre 1928 ihren Höhepunkt erreicht haben. Gleichzeitig müßten Milliarden der zahlreichen Industrie- und Staatsanleihen bezahlt werden. Es wäre dann die Frage ob die Reparationszahlungen, oder die Zahlungen für die Anleihen den Vortrang hätten.

Der Dozent Dr. Davis von der Stanford-Universität in Williamsstown erklärte in einer Rede, daß die Einbringung von Reparationszahlungen oder der Eingang von Zinsleistungen weit weniger wäre als eine Förderung von Erzeugung und Verbrauch im Wirtschaftsleben. Die Behandlung, die die deutschen Reparationsleistungen gefunden hätten, sei voll Fehler und Irrtümer gewesen, die der Rückkehr zu einem wirklichen Frieden endlich im Wege stünden. Die verkehrte Verhandlungsmethode hätte der deutschen Wirtschaft ernstlichen Schaden zugefügt und den Nachkriegsprozess auf Erholung und Neuaufleben in Finanz, Industrie und Handel gehemmt. Dr. Davis erklärte weiter, die Zahlungsbedingungen, sowie die jährlich aufzubringende Leistung und Erweiterung bzw. Ermäßigung der Auszahlungen seien weit wichtiger als der nominale Schuldenbetrag. Bestimmte Grenzen für die Zahlungsfähigkeit einer Nation und der Versuch, Leistungen darüber hinaus zu erzwingen, sei ein Fehler, der auf den Schülern zurückzuführen und zu finanzieller und industrieller Auflösung führe. Eine rechtzeitige Regelung sei einer dauernden Ungewißheit vorzuziehen. Eine unüberführbare Regelung sei schlimmer als gar keine. Diese fundamentalen Grundzüge seien im großen Umfang bei der Behandlung der deutschen Reparationsleistungen außer acht gelassen worden.

### Litauen erfüllt seine Verpflichtungen nicht

Litauen hat bisher äußerst wenig getan, um die von dem Außenminister Wolodmaras vor dem Völkerbundsrat in Genf eingegangenen feierlichen Verpflichtungen in der Memelfrage einzulösen. Deutschland wird nicht umhin können, erneut in Genf vorstellig zu werden und auf Innehaltung der Memel-Litauer zu drängen. Die Ausschreibung der Neuwahlen für den memelländischen Landtag ist zwar erfolgt. Sie sollen nach der Genfer Vereinbarung vor Ende September stattfinden. Man hat beinahe bis zum letzten Tag gewartet, und die Wahlen wurden auf den 28. August anberaumt, wahrscheinlich aber auch nur deswegen, um die Regierungsbildung, die frühestens 15 Tage nach den Wahlen in Angriff genommen werden kann, in eine Zeit zu verlegen, die keine Sitzung des Völkerbundes mehr sieht, so daß man von deutscher Seite also nicht sofort gegen irgendwelche Verstöße der litauischen Regierung gegen die Memelkonvention Einspruch erheben kann. Aber ganz abgesehen davon, liegt der gesamte Wahlapparat in litauischen Händen, ebenso herrscht nach wie vor der litauische Kriegskommandant, der jeden Wahlkampf unmöglich macht. Die Presse steht weiter unter scharfer Zensur. Die Verführung liegt unter diesen Umständen natürlich nahe, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht die tatsächliche politische Einstellung der Memelländer wiedergeben werden, zumal es im Osten gang und gäbe ist, Wahlresultate stets so aufzufrisieren, wie es die augenblicklich herrschende Macht wünscht.

Dazu wird von neuen Willkürakten im Memelgebiet berichtet: Am Dienstag wurde dem Redakteur Warm vom „Memeler Dampfboot“, der als Vertreter seiner Zeitung auf Einladung der Hamburg-Amerika-Linie sich zu einer Pressefahrt mit dem Dampfer „Neuhort“ nach Gumburg begeben wollte, vom litauischen Gouvernement das Visum verweigert, so daß er die Fahrt nicht antreten konnte. Ihm wurde bemerkt, daß er wohl den Ausreisepaßvermerk, jedoch nicht denjenigen für die Wiedereinreise erhalten könne, was einer Verweigerung der Wiedereinreise und somit einer Ausweisung gleichkommt. — An demselben Tage wurde der Frau des Hauptgeschäftsführers Leubner, die zur Vererdigung ihrer verstorbenen Mutter nach Preusslau fahren wollte, das Visum verweigert. Bekanntlich war Chefredakteur Leubner und Redakteur Warm vom „Memeler Dampfboot“, sowie Redakteur Briestrom von der „Memelländischen Rundschau“ am 1. Januar d. J. die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden. Eine Aufenthaltserlaubnis ist ihnen bisher trotz Gesuch nicht erteilt worden.

### Die Wiener Gemeindeflugwache

Zu dem Einspruch der Abwählungsstelle der Interalliierten Militärkontrollkommission in Wien gegen die Schaffung der sozialdemokratischen städtischen Flugwache berichtet der Pariser „Matin“ in Bestätigung von Habas, daß die Mitglieder der Abwählungsstelle im Einvernehmen mit den diplomatischen Vertretern der ehemaligen alliierten Mächte, ohne daß sich die Vorkonferenz darüber geäußert hätte, Bundeskanzler Seidel aufgefordert haben, für die unmittelbare Auflösung dieser Formation Sorge zu tragen. Die Mitglieder der Abwählungsstelle hätten sich jeder innerpolitischen Erwägung enthalten und bei ihrem Vorgehen nur darauf hingearbeitet, nur dem Vertrag von St. Germain Achtung zu verschaffen. Nach dem „Petit Parisien“ würde, wenn die österreichische Regierung diesen Vorstellungen nicht Rechnung tragen sollte, allerdings die Vorkonferenz zu entscheiden haben.

Nach der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ nehmen die Arbeiten zur Aufstellung der Bürgerwache einen raschen Fortgang. Es liege bereits eine stattliche Liste von Freiwilligen vor und man gehe an die Einteilung in Bezirksorganisationen. Auch seien Schritte eingeleitet, die Turnverbände, die Heimwehrverbände und die Frontkämpfer in einer über ganz Österreich reichenden Organisation zusammenzufassen. Hierbei sollen alle politischen Ziele außer acht bleiben, vielmehr soll die Bürgerwehr einzig und allein dem Schutze des bürgerlichen Eigentums dienen, zumal in den Aufrührertagen zahlreiche Geschäftsläden, die ganz schußlos geblieben waren, geplündert wurden. In 14 Tagen soll die erste Versammlung der Freiwilligen abgehalten werden, in der Beschlüsse über Organisation und Ausbildung zu fassen sein werden.

Der burgenländische Landtag hielt am Dienstag eine Dauer Sitzung ab. Der Landeshaupmann stellte fest, daß die gefährliche Zeit im Burgenland ohne Störung von Ruhe und Ordnung vorbeigeht und er betonte, daß er um so mehr Gewicht darauf legen müsse, da ein Teil der reichsdeutschen Presse („Kreuzzeitung“) die Vorfälle in Österreich zum Anlaß genommen habe, um das Burgenland als Anruheherd darzustellen und gegen den Anschluß Stimmung zu machen. Gerade im Burgenland habe der Anschlußgedanke besonders feste Wurzeln geschlagen und die Stimmen von jenseits der Grenze müßten hier ganz besonders schmerzliche Gefühle auslösen.

### Auf dem Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes

In Paris wurde der von dem Schatzmeister des Bundes Sassenbach erstattete Tätigkeitsbericht verlesen. Derselbe Bericht zufolge ist der Mitgliederbestand der Gewerkschaften von 16 580 000 im Jahre 1923 auf 18 500 000 im Jahre 1926 zurückgegangen. Ein starker Rückgang ist insbesondere in Deutschland zu verzeichnen. Der Bericht erwähnt die Leistungen zugunsten der Lohnbewegungen in den verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern, für die im ganzen 4 328 497 holländische Gulden gesammelt wurden, sowie die Bemühungen, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Hinsichtlich der Beziehungen zu den kommunistischen Gewerkschaften wird darauf hingewiesen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund nach wie vor bereit ist, den Zentralrat der allrussischen Gewerkschaften unter den gleichen Bedingungen, wie die Gewerkschaftszentralen anderer Länder aufzunehmen, daß jedoch die Haltung der russischen Gewerkschaften jede Annäherung bisher unmöglich gemacht habe. Der Bericht zählt zum Schluß die Maßnahmen auf, die zur Bekämpfung der Reaktion und des Faschismus sowie zur Förderung der Arbeiterbildung getroffen wurden.

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung, in der der englische Delegierte Pitt und der belgische Delegierte Mertens sprachen, kam es wiederholt zu Anspielungen auf die Uneinigkeit innerhalb des Vorstandes. Mertens protestierte u. a. gegen die Eröffnungsrede des Präsidenten Purcell, die ein Loblied auf die russische Revolution gewesen sei. Purcell habe jedoch gewünscht, daß die Mitglieder des Vorstandes in dieser Frage nicht mit ihm übereinstimmen. Es sei zu hoffen, daß der Kongreß Mittel finden würde, hier eine Anberung zu schaffen. Der Sekretär des Vorstandes, Brown (England), gab zu, daß die Leitung der Amsterdamer Internationale zu sehr im Schlepptrape des Völkerbundes liege. Der Verband müsse sein eigenes Wirtschaftsprogramm haben. Der ständige Generalsekretär des Trade Union, Britin, griff Joubaux an, weil dieser den Präsidenten Purcell wegen seiner Ausführungen über den Kommunismus angriff, ohne sich vorher mit den Vorstandsmitgliedern zu verständigen. Britin erklärte ferner, daß die Gewerkschaftspolitik des Verbandes gegenüber den Russen immer entgegenkommend gewesen sei, aber, so schloß er, was unsere nationalen Angelegenheiten betrifft, lehnen wir jede Vermischung von außen her ab.

### Japanische Vermittlungsversuche in Genf

Die Japaner setzen ihre Versuche, zwischen Amerika und England in der Kreuzerfrage zu vermitteln, fort. Der Londoner „Times“ zufolge ist der Kernpunkt des japanischen Vorschlags eine Art Moratorium im Schiffbau, ein einseitiges Abkommen bis zur Revision des Washingtoner Vertrages im Jahre 1931. Seitens der amerikanischen Delegation wurde erklärt, die Japaner hielten gegenwärtig den Schlüssel der Lage in Händen und alles hänge davon ab, ob sie imstande sein würden, ihn umzudrehen. Während der genauen Durchsicht der japanischen Vorschläge enthalten sich die amerikanischen offiziellen Kreise jedes Kommentars. Die Stellungnahme der amtlichen Kreise zu den Vorschlägen soll jedoch nach Washingtoner Meldungen nicht günstig sein, weil anscheinend die gesamte Kreuzerfrage weit über das Maß hinausgehe, über das die amerikanische Delegation zu verhandeln gewillt ist.

In einer Unterredung in Cambridge führte Lloyd George aus: Eine Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien im Bau von Schiffen wäre die schlimmste Katastrophe, die man sich denken könne. Er wünschte nicht, daß England auf ein anderes Land zählen müßte, um seine eigene Verteidigung zu sichern. Seiner Meinung nach gebe indessen der Bau von Schiffen in den Vereinigten Staaten für England keinen Grund, um Verstärkungen zu hegen. Im Gegenteil, er müsse Vertrauen einflößen für den Fall, daß England ungeradertweise angegriffen werden würde.

Die Rheinregulierung bei Rembs. Das Gesetz, das die Arbeiten der Rheinregulierung bei Rembs (Oberrhein) überträgt, wird vom Pariser „Journal Officiel“ veröffentlicht. Es sieht den Bau einer Sperrre im Rheinbett vor, dessen Kosten sich auf rund 66 Millionen Francs belaufen werden.

Zum Falle Orches. Die Reichsregierung hält, wie aus Berlin mitgeteilt wird, die von dem französischen Ministerpräsidenten aufgegebenen Erörterungen über Orches für abgeschlossen, da die von uns der Öffentlichkeit übergebenen amtlichen Dokumente durch keine der inzwischen in Frankreich erschienenen Auslassungen irgendwie erschüttert oder entwertet, im Gegenteil in wesentlichen Punkten bestätigt worden sind.

### Keine Kandidatur Coolidges

Präsident Coolidge erklärte den Vertretern der Zeitungen, er sei nicht geneigt, sich für die Präsidentschaftswahl von 1928 als Kandidat aufstellen zu lassen.

Die Erklärung hat in politischen Kreisen große Überraschung hervorgerufen, da man bis jetzt mit aller Bestimmtheit auf eine Kandidatur Coolidges rechnete. Es herrscht nun Rätselraten über den neuen Präsidentschaftskandidaten, den die republikanische Parteikonvention aufstellen wird. Die Ansichten politischer Kreise sind durchaus geteilt. Man glaubt jedoch, daß in erster Linie Handelssekretär Hoover, Vizepräsident Davis und der einflussreiche republikanische Gegner Wilsons, der frühere Staatssekretär Hughes, in Frage kommen. Auch Senator Longworth, der Schwiegerjohn Roosevelts, sowie der frühere Gouverneur von Illinois, Lowden, werden genannt. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß der Präsident eigentlich bereits zwei Präsidentschaftsperioden hintereinander durchgemacht habe und nach der bereits von George Washington begründeten Tradition kein Präsident dreimal hintereinander amtierend dürfe. Man glaubt, daß diese Tatsache leitend für den Entschluß Coolidges entscheidend gewesen sei. Von Anhängern des Präsidenten wurde später betont, daß die Tür zur Nominierung Coolidges durch seine Erklärung noch nicht geschlossen sei, wenn die Wählerversammlung ihn wählen sollte.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist von der preussischen Staatsregierung eine Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz vom 15. Juli an ausgearbeitet worden, durch die durch das Reichsgesetz den Gesundheitsbehörden erwachsenden Aufgaben den Stadt- und Landkreisen als Selbstverwaltungsangelegenheiten übertragen werden. Der ständige Ausschuss des preussischen Landtages wird sich mit der Frage befassen und zwar am kommenden Montag, der im übrigen noch, wie bereits gemeldet wurde, über die Rotverordnung wegen Erhebung der Schulbeiträge für Berufsschulen zu beraten hat.

Kein Amnestiegesetz. Eine im „D. L.“ wiedergegebene Meldung, wonach das Reichsjustizministerium ein Amnestiegesetzentwurf vorbereitet werde, der dem Reichstag in der Septembertagung vorgelegt werden solle, ist unrichtig. Es trifft übrigens — wie aus Berlin gemeldet wird — auch nicht zu, daß der Reichstag den Erlass einer neuen Amnestie angeregt habe. Der Reichstag hat vielmehr am 2. Juli d. J. nur einige näher bezeichnete Gruppen von Einzeltatbeständen, die Anstaltsstrafen zur Wohlwollender Prüfung empfohlen, ein Amnestiegesetz aber abgelehnt.

Weltkirchenkonferenz in Lausanne. Nach 17jähriger Vorbereitung wird heute in Lausanne die Weltkirchenkonferenz für Glauben und Kirchengemeinschaft eröffnet werden. Im Gegensatz zur Stockholmer Konferenz, die sich lediglich mit Fragen des praktischen Christentums beschäftigte, soll jetzt in Lausanne untersucht werden, inwieweit eine Annäherung der Kirchen auch in den Fragen der Lehre und der Kirchenverfassung möglich ist. Alle Fragen, die die Christenheit seit Jahrtausenden beschäftigt, sollen zu diesem Zwecke neu geprüft werden.

### Kurze Nachrichten

Berlin und der Verfassungstag. Wie die Berliner Blätter erfahren, werden am diesjährigen Verfassungstage sämtliche Großberliner Straßenbahnen und Autobusse mit Fähnchen in den Reichsfarben und den Berliner Stadtfarben besetzt sein.

Besichtigung der englischen Rheinabdruppen. Der englische Kriegsminister Worthington Coombs, wird in dieser Woche zu einem dreitägigen Besuche nach dem Rheinlande reisen, um dort die britischen Besatzungstruppen zu besichtigen.

Amerikanisches Bauprojekt. Es hat einiges Aufsehen erregt, daß von einer amerikanischen Firma ein Bauprojekt für 60 000 Wohnungen in Berlin angeboten worden ist. Dieses Angebot wird, wie den Blättern mitgeteilt wird, zur Zeit in den preussischen Ministerien geprüft.

Die Aufwertung der Sparkassenguthaben in Hamburg, die bisher entsprechend den preussischen Beschlüssen auf 12 1/2 Proz. festgesetzt war, wird gleichfalls eine Änderung erfahren. Allerdings liegen wegen der noch schwebenden eigenen Aufwertungsprozesse noch keine Beschlüsse vor. Es wird voraussichtlich ebenso wie in Preußen mindestens 15 Prozent Aufwertung beschlossen werden.

Blutiger Zwischenfall in Danzig. In Danzig gerieten drei Matrosen eines polnischen Torpedobootes mit einem Danziger Arbeiter in Streit. Einer der Matrosen stach plötzlich auf den Arbeiter mit einem Messer ein und verletzte ihn schwer. Zwei der Matrosen wurden festgenommen, der dritte entkam. Wie verlautet, wird der Unfahrliche polnische Kriegsschiffe im Danziger Hafen bei der nächsten Ratstagung in Genf zur Sprache kommen.

Gewerkschaftswahlen in Antwerpen. Bei den Wahlen der Antwerpener Diamantarbeiter in den Gewerkschaftsrat wurden neun Kommunisten gewählt. Im vorigen Gewerkschaftsrat war kein einziger Kommunist vertreten.

Zur Lage in Portugal. Wie der „Habas“ aus Madrid erfährt, herrscht nach dort aus Lissabon eingetroffenen, noch nicht bestätigten Meldungen in Portugal eine sehr gespannte Lage. Man glaubt, daß sogleich nach Abschluß der Anleihe von 15 Millionen Lit. mit englischen, amerikanischen und französischen Banken im Ministerium große Veränderungen stattfinden werden. Die militärischen Elemente von Oporto sind neuerdings regsam. Man befürchtet einen Staatsstreich.

Kämpfe in Mexiko. Nach einer Meldung aus Mazatlan in Mexiko kam es in der letzten Woche in der Gegend von Jacisco zu einem Kampf zwischen Regierungstruppen und 300 Aufständischen. Die Aufständischen wurden in die Flucht geschlagen. Die Regierungstruppen verloren 60 Mann an Toten und Verwundeten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die restlichen Randwirbel geben gehern noch verbreitete, vielfach sehr ergiebige weitere Gewitterregen gebracht. In der Rheinebene fielen über 20, im Gebirge 30 — gela 50 Liter pro Quadratmeter. In der Nacht und heute früh ist es unter dem Einfluss von über den Boralpen zurückgebliebenen Teilwirbeln in Süddeutschland noch trüb und zum Teil regnerisch, während vom Hochgebirge heiteres Wetter gemeldet wird. Über Mitteleuropa breitet sich jetzt ein kräftig entwickeltes Hochdruckgebiet aus, unter dessen Einfluss nunmehr etwas beständigeres Sommerwetter für die nächsten Tage bevorsteht. Wetterausichten für Donnerstag: Meist heiteres und wieder wärmeres, trübendes Sommerwetter. Auch für die nächsten Tage kann mit dessen Fortbestand gerechnet werden.

## Badischer Teil

### Teilnahme der Staatsregierung zu dem Brandunglück in Liedolsheim

Aus Anlaß des Brandunglückes in Liedolsheim hat der Staatspräsident in einem Telegramm an den Bürgermeister Geiß in Liedolsheim den Geschädigten die Teilnahme der Regierung ausgesprochen und dabei die Anerkennung darüber zum Ausdruck gebracht, daß durch die allseitige tatkräftige Hilfsbereitschaft und insbesondere durch das energische Zusammenarbeiten der Feuerwehren ein noch größeres Unglück verhütet werden konnte.

### Ausschluß aus der Kommunistischen Partei

Wie die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ berichtet, hat die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Deutschlands in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den von der Bezirksbeschwermittlungskommission gestellten Antrag betreffend Ausschluß der bisherigen Mitglieder der KPD Kenzler, Wurm, Mohr, Nieb, Faulhaber, Kolb und Ritter, sämtlich in Mannheim, wegen fortgesetzten parteischädigenden Verhaltens zu genehmigen. Es handelt sich um die Führer der Maslow-Kuh Fischer-Urban-Opposition der Partei. Sie sollen die Beschlüsse des 10. Parteitages betreffend Unzulässigkeit der Bildung von Fraktionen in der kommunistischen Partei nicht beachten, die Verbindung mit aus der Partei ausgeschlossenen parteifeindlichen Elementen aufrechterhalten und gemeinsam mit diesen parteifeindliche Arbeit geleistet haben. Auf Antrag der Beschwermittlungskommission wurde ferner der Kommunist Schenk aus Mannheim ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen wegen parteischädigenden Handlungen wie Unterschlagung von Partei- und anderen Geldern.

### Gemeinde-Rundscha

Eine kirchliche Wohnungsgruppe in Heidelberg. Von der Kirchenregierung der badischen ev. Landeskirche ist in Heidelberg eine kirchliche Wohnungsgruppe gebaut worden, um für die in den Ruhestand getretenen Geistlichen oder Hinterbliebenen eine Wohnung zu verschaffen und damit die Wohnungsnot zu bekämpfen. Die kirchliche Wohnungsgruppe liegt in der Kleinschmidstraße und besteht aus drei Wohnhäusern, von denen zwei als Doppelwohnhäuser gebaut sind. Es war dazu ein Kostenaufwand von rund 250 000 M notwendig. Die neuen Wohnungen sind an acht Ruhestandgeistliche, einen aktiven Geistlichen, drei Beamte der kirchlichen Vermögensverwaltung und eine Pfarrerswitwe vermietet.

Bürgermeisterwahl. In Gaiberg (Amt Heidelberg) wurde Gemeindevorsteher Wilhelm Müller zum Bürgermeister gewählt, nachdem das feierliche verdiente Gemeindeoberhaupt Klingmann sein Amt niedergelegt hat.

Der Voranschlag der Stadt Landau für das Rechnungsjahr 1927/28 schließt mit einem ungedeckten Aufwand von 28 400 M. Es sollen erhoben werden: für je 100 M steuerpflichtiges Kapital vom Grundvermögen 60 Pf., vom Betriebsvermögen 22 Pf. und vom Gewerbevermögen 411 Pf.

Errichtung einer Anstalt für Taubstumme in Neckargemünd. Das schon längere Zeit leerstehende Schloß Krugselben wurde jetzt in ein Taubstummenheim umgewandelt, an das eine Lehrwerkstätte angegliedert ist. Das Anwesen, das für 100 Personen Unterkunft bietet, wurde für 235 000 M erworben. Der Verein für babische Taubstumme, unter jehiger Leitung von Landrat Straß, Einsheim, sieht die Jahresbeiträge alten Wünsche verschiedener hervorragender badischer Taubstummenlehrer nimmer erfüllt. Die Anstalt soll schon sehr bald mit einer größeren Anzahl Lehrlingen und Pflegenden in Betrieb genommen werden. Als Leiter ist Taubstummenlehrer Abend in Aussicht genommen. Männliche Zöglinge sollen im Schuhmacher-, Schneider- und Schreinerhandwerk, weibliche im Näherinnenberuf ausgebildet werden.

Gaswerk in Mosbach. Die Stadtgemeinde Mosbach ist grundsätzlich damit einverstanden, daß das neue Gaswerk, welches ursprünglich im benachbarten Neckarelz durch einen Berliner Unternehmer mit einem Kostenaufwand von 100 000 M erstellt werden sollte, auf eigener Gemarkung gebaut wird.

Voranschlag der Stadtgemeinde Kastatt. Der Stadtrat Kastatt schlägt zur Deckung des Fehlbetrages von 487 000 M folgende Umlagefäße vor: Grundvermögen 1 M, Betriebsvermögen 50 A Pf., Gewerbevermögen 6,30 M bzw. 7,88 M.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden bewilligte u. a. 280 000 Reichsmark für den Ankauf des Hofgutes Selighof sowie zur Anlage eines Golfplatzes, ferner 197 000 M für den Neubau der Leopoldbrücke und die Verbreiterung der Seifenstraße und 150 000 M für Verlängerung der Straßenbahn. — Der Obmann des Stadtverordnetenverbandes sprach dem Oberbürgermeister dieser Anläßlich seines 60. Geburtstages die Glückwünsche der Stadt aus.

Der besteuerte Substanz. In Wartenburg in Ostpreußen wurde nach einer Blättermeldung in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag auf Einführung einer Substanzsteuer angenommen. Verheiratete Substanzbesitzer haben den doppelten Betrag zu entrichten, während Substanzbesitzer bis zu 15 Jahren steuerfrei bleiben.

### Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Herbsttage. Ein Umzug „Im Zeichen des Verlehrs“ findet im Rahmen der diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ statt. In diesem Zuge soll die Entwicklung des Verlehrs und besonders der Verlehrsbesonderheiten dargestellt werden. Vom Fußgänger, dem wandernden Handwerksburschen, dem Wanderer und Käufer an, führt die Idee über die Entwicklung des Fahrrades vom Laufrad zum Motorrad und über die Mitwirkung des Pferdes im Verlehrs als Reitpferd und als Wespenn für die alte Postkutsche bis zu dem modernen Hauptverkehrsmittel unserer Zeit, dem Auto. Mit dem Zuge ist eine große Reklamewagenschau verbunden, in der verschiedene Firmen die Entwicklung des Verlehrs in ihren Betrieben vorführen werden. In den weitesten Kreisen der Bevölkerung besteht für diese Veranstaltung großes Interesse, so daß voraussichtlich mit einer starken Beteiligung zu rechnen sein wird. Der Umzug findet am ersten Sonntag im Oktober statt, dem am Vorabend ein großer süddeutscher Heimatabend in der Städtischen Festhalle Karlsruhe vorangeht.

Wiener Operette im Konzerthaus. Fritz Lande, der jehige Oberspielleiter des Oldenburg Landes-theaters und frühere Kapellmeister der hiesigen Landesbühne beginnt heute ein mehrtägliches Gastspiel als „Kassier“ in der Operettenposse „Hilmsgruber“ von Walter Kollo. Spielleitung Wilm Stöcker, Dirigent Curt Stern. Morgen die dritte Aufführung von Leo Fall's „Dollarsingessen“, die am Samstag bei der Eröffnungsführung so lebhaften Beifall fand wie nur irgend ein Schläger von heute.

Deutsche Tourenfahrt 1927. Die über zirka 900 Kilometer führende Deutsche Tourenfahrt des ADAC, die sich über die Zeit vom 1.—5. August 1927 erstreckt, nahm am Sonntag in Halberstadt mit der Abnahme der Fahrzeuge und einem festlichen Begrüßungsabend einen erfolgsreichen Anfang. Insgesamt 136 Fahrzeuge, 92 Wagen und 44 Motorräder, stellten sich der Abnahmekommission, so daß einschl. der Fahrleitung, der Funktionäre und der Pressevertreter etwa 360 Personen an dieser großen touristischen Veranstaltung teilnehmen werden. Die Fahrt führt von Halberstadt über den Broden, Cassel, Bad Ems durch das Rheinland, Bessen und Baden nach Freiburg i. Br. Der Start erfolgte am Montag vormittag 7 Uhr.

Ein größeres Schadenfeuer brach heute Nacht hier in der Schreinerei Huber, Griesbachstraße aus. Das Feuer mußte anscheinend schon längere Zeit gebrannt haben, ehe es bemerkt wurde. Zur Bekämpfung mußte die Feuerwehr 3 Schlauchleitungen anlegen. Der Gebäudeschaden wird nicht besonders hoch sein. Dagegen scheinen sehr viel Rohmaterial sowie fertige Möbelstücke dem Feuer zum Opfer gefallen zu sein. Die Entschädigungsurteile ist noch nicht einwandfrei ermittelt, doch läßt der erste Befund der Brandstiftung darauf schließen, daß die bei Tischlereien übliche Ursache — Leimofen oder Heizklopfen von Motoren- oder Maschinenanlagen — ausschließt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 2. Aug. Durch Blitzschlag entstand in der Hauptstraße von Sodenheim (einem Vorort von Mannheim) Großfeuer, wodurch zwei Scheunen, gefüllt mit Getreide und Futtermitteln, vernichtet wurden. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

\* Heidelberg, 2. Aug. Das „Heidelberger Tageblatt“ berichtet aus Sodenheim: Auf der Straße zwischen Mannheim und Sodenheim, kurz vor Sodenheim, wurde am Abend der 50 Jahre alte Schlosser Mathias Schmitz aus Sodenheim schwer verletzt aufgefunden. Er war von einem Auto angefahren worden, dessen Insassen ihn mit einem Mantel bedeckten und davonfuhr. Einige Zeit später fand man auf dem Bahndamm der Nebenbahn den Arbeiter Josef Dien aus Sodenheim tot auf. Wahrscheinlich wurde auch er vom Auto überfahren und zur Vortäuschung eines Selbstmordes auf die Schienen gelegt. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, dem rücksichtslosen Automobilisten auf die Spur zu kommen.

D. Weinheim, 2. August. Pfarrverwalter Andreas Schäble in Euchenfeld bei Forstheim wurde zum Pfarrer der hiesigen evangelischen Stadtpfarrei gewählt.

D. Neulohrheim (bei Schwetzingen), 2. Aug. In der vergangenen Nacht schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts Julius Langloß in der Friedrichstraße und zündete. Das Gebäude wurde samt den reichen Erntevorräten und Fahrnissen ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Man schätzt den Schaden auf annähernd 10 000 M. — In Sodenheim schlug der Blitz in die Zigarrenfabrik von Josef Alee, ohne zu zünden. Der Schaden ist gering.

D. Kastatt, 3. August. In der vorletzten Nacht ging über Kastatt und besonders über das Gewann „Oberwald“, wo sich auch das Verlehrs- und Lehrgut befindet, ein sehr schweres Gewitter mit orkanartigem Sturm nieder. Die noch stehende Frucht liegt wie gewohnt am Boden und aufgestellten Garben wurden meterweit auf den Feldern zerstreut. Es kann noch als ein Glück bezeichnet werden, daß die Ernte schon weit vorgeschritten war und besonders Roggen und Gerste größtenteils eingebracht waren. Da es sich weniger um Hagel als um starke Sturmschäden handelt, dürfte der Schaden immerhin recht bedeutend sein.

Baden-Baden, 2. August. Die Besucherzahl der Kurgäste belief sich bis zum 28. Juli 1927 auf 51 707.

W. R. Kehl, 3. August. Über ein politisches Attentat auf den Kehler Polizeikommissar, von dem die „Tägl. Rundschau“ zu berichten weiß, ist in Kehl nichts bekannt, zumal es dort überhaupt keinen Polizeikommissar gibt. Dagegen ist in Lauterburg bei Weissemburg im Unterelsaß ein französischer Commissaire special von politisch Andersgesinnten überfallen und mißhandelt worden.

D. Freiburg i. Br., 1. Aug. Die Fluglinie Freiburg-Stuttgart und umgekehrt mit Anschlüssen wurde im Juli benutzt von 233 Personen. Es wurden in der gleichen Zeit befördert 1585 Kg. Gepäc, 297,8 Kg. Fracht und 59,165 Kg. Post. Außerdem beteiligten sich etwa 50 Personen an Rundflügen.

D. Freiburg i. Br., 2. Aug. Der Ehrenkommandant des freiwilligen Feuerwehrkorps Freiburg, Altkapitän Gustav Aler, begeht heute die Vollendung seines 70. Lebensjahres. Anläßlich des 75jährigen Bestehens der Freiburger Wehr wurden seine Verdienste um das Korps gewürdigt. Das Kommando hat dem Jubilar ein Blumengebinde überreichen lassen.

D. Waldkirch, 1. Aug. Die Ruine der Kastelburg soll nach einem Beschluß des Gemeinderats wieder hergerichtet werden, insbesondere soll der Turm wieder bestiegen werden können. Man hofft, daß der Schwarzwaldverein, der Verein Badische Heimat und der Staat selbst Zuschüsse leisten werden.

\* Badenweiler, 2. Aug. Nach der neuesten Ausgabe der „Kurzeitung“ ist die Zahl von 6000 Kurgästen hier erreicht. Die Zahl der ortsanwesenden Gäste beträgt zur Zeit über 1400, die Neuankünfte sind mit 446 verzeichnet.

D. Furtwangen, 2. Aug. Am Samstag und Sonntag wurde hier das 75jährige Jubiläum des Gewerbevereins festlich begangen. Die Einleitung des Festes bildete die Eröffnung der Gewerhausstellung, die die anerkanntesten Leistungen der Furtwanger Handwerker und Gewerbetreibenden vor Augen führt. Landrat Wöhrl, Donauschöningen, Oberregierungsrat Bucorius vom Landesgewerbeamt Karlsruhe, der Präsident des Landesverbandes, Burkhardt, Heidelberg, sowie Vertreter der Gewerbevereine Willingen und Schwenningen usw. waren zur Eröffnung der Ausstellung erschienen. Bei dem abends veranstalteten Festbankett konnte mitgeteilt werden, daß dem Gewerbeverein die Ehrenplakette des Verbandes zuerkannt worden sei. Im Rahmen der Veranstaltung fand am Sonntag eine Handwerkerkollation statt, wobei Oberregierungsrat Bucorius über Betriebswirtschaft zur Hebung des Handwerks sprach.

D. Griesbach (Amt Waldsüt), 2. August. Seitern abend gegen 10 Uhr schlug der Blitz in das Wohnhaus des Gustav Stoll, zündete und legte das Anwesen mit Scheune in kurzer Zeit in Schutt und Asche. Auch die Stallungen wurden vernichtet. Eine viertelstündige Arbeiterfamilie wurde obdachlos.

D. Ronkast, 2. August. Heute 19 Uhr ging über Ronkast und den Bobanried in nordöstlicher Richtung ein heftiges Unwetter mit Regenschauer und zahlreichen Blitzschlägen nieder. In Wöggingen zündete der Blitz und erscherte den Dürrethor vollständig ein. Zur vollen Entladung kam das Unwetter im Bezirk Wullendorf, wo es durch wolkensbrucharigen Regen und Hagelschlag großen Schaden anrichtete. In Wullendorf schlug der Blitz in zwei Häuser die vollständig niederbrannten.

28. Konstanz, 2. August. Heute vormittag besuchte die in Pönggen tagende Österreichische Delegation mit ihrem Präsidenten, Kardinal Erzbischof Bissl, Konstanz. Unter Führung des Stadtdirektors Dr. Claus wurden die historischen Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigt. In der Schlussitzung behandelte Universitätsprofessor Dr. Hollsteiner das Thema: „Die weltgeschichtliche Bedeutung des Konstanzer Konzils“. Die Tagung nahm ihren Abschluss mit dem Besuch des alten und neuen Schlosses in Mersburg, welches einst die Bischofsresidenz war.

28. Freudenstadt, 1. August. Gestern wurde hier das neue Posterspielhaus eröffnet, das auf Grund des Schlussprotokolls zum Staatsvertrag zwischen dem Reich und Württemberg betreffend den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung Württembergs an das Reich von der Oberpostdirektion Stuttgart schließfertig hergestellt wurde. Es bietet Unterkunft für 68 Gäste.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	3. August		2. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.26	168.60	168.26	168.60
Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.59	112.41	112.63
Italien 100 L.	22.34	22.58	22.34	22.58
London 1 Pf.	20.385	20.425	20.391	20.431
Newyork 1 D.	4.1985	4.2065	4.199	4.207
Paris 100 Fr.	16.435	16.475	16.44	16.48
Schwiz 100 Fr.	80.93	81.09	80.89	81.05
Wien 100 Schilling	59.05	59.25	59.13	59.25
Prag 100 Kr.	12.444	12.464	12.445	12.467

Frachtermäßigung bei den Mittelbadischen Eisenbahnen. Die Mittelbadischen Eisenbahnen teilen mit: Die bei der Reichsbahn am 1. August in Kraft getretene Frachtermäßigung im Güterverkehr gelangt auch auf den Mittelbadischen Eisenbahnen zur Einführung.

### Zeitschriftenschau

Waltzer, Andreas, Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika und ihre Bedeutung für die Pädagogik. Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun. IV, 143 Seiten. Preis kart. 5 M., Reinen 6 M.

Die amerikanische Wissenschaft hat sich neuerdings auf vielen Gebieten die starke Beachtung Europas gewonnen. Insbesondere gilt das für alle Wissenschaften mit praktischen Anwendungsmöglichkeiten. Die amerikanische Soziologie ist durch arbeitsteilige Differenzierung (manche Universitäten haben bis zu zwölf soziologische Dozenten) auf mehreren Gebieten führend geworden. Nach einer Übersicht über die Entwicklung der amerikanischen Soziologie, die schon vor zwei Jahrzehnten die Kinderkrankheiten einigermaßen überwand, mit denen die heutige deutsche Soziologie wieder zu tun hat, bespricht das Buch zunächst die wichtigsten theoretischen Spezialgebiete: nämlich die Sozialpsychologie, die durch ihre neueste Ausbildung wirksamer Arbeitswerkzeuge zu einer Hauptgrundlage der Sozial- und Kulturwissenschaften qualifiziert wird; sowie das systematische Studium der gegenwärtigen Gesellschaft, mit teilweise neuen, z. B. kartographischen und sozialpsychologischen Methoden. Die so auf das Lebensnahe und Konkrete gerichtete Soziologie wurde zu einer wichtigen Grundlage für die Ausbildung aller sozial tätigen Berufe. Die Darstellung der amerikanischen sozialpolitischen Hochschulen in ihren verschiedenen Epochen wird interessieren, da bei uns die Frage der Vorbildung der Sozialarbeiter noch ungeklärt ist. Eine soziale Vorbildung der Theologen wird heute mit Recht er in uns gefordert; hier können die amerikanischen Organisationen geradezu vorbildlich werden. Dasselbe gilt insbesondere auch für das Problem der „Bürgerkunde“ auf den Schulen, dessen Lösung auf neuer Basis, durch organisierte Kooperation aller Sozialwissenschaften, seit einigen Jahren erstmalig in Amerika gelang. Wie eine Erziehung aller Volksgenossen zum kritischen und toleranten Verständnis der komplizierten gegenwärtigen Gesellschaft von den vereinigten Sozialwissenschaften her möglich ist, sollte jeden interessieren, der nach wirksamen Wegen aus unseren sozialen und kulturellen Krisen heraus sucht.

Tätigkeitsbericht des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk nebst Vorträgen der Hauptversammlung 1926. Heft 5 der Schriften des Forschungsinstituts, Umfang 128 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Preis 1 M., Verlag des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk G. v. S. S. Karlsruhe.

Aus dem Inhalt: Tätigkeitsbericht, erstattet vom Vorsitzenden, Syndikus Carl Hauker — Spezielle Arbeiten für einzelne Handwerkszweige — Literarische Arbeiten — Vorträge — Kurse — Dissertationen und Diplomarbeiten aus der Handwerksbetriebslehre — Richtlinien für die Zusammenarbeit des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk mit seinen Bezirksstellen (Betriebswirtschaftsstellen) — Richtlinien für die Tätigkeit einer Bezirksstelle (Betriebswirtschaftsstelle) — Kostenverminderung durch Zeit- und Wegverkürzung von Walter Bucorius — Die Rationalisierung des Einkaufs von Privatdozent Dr. Karl Köpfe — Die Bedeutung der Serienherstellung für das Handwerk unter besonderer Berücksichtigung des Tischlerhandwerks von Dr.-Ing. Edgar Höp — Bericht der Betriebswirtschaftsstelle der Handwerkskammer zu Flensburg — Vorträge, gehalten am 16. November 1926 vor dem Enquete-Ausschuß des Reichswirtschaftsrates 8. Arbeitsgruppe (Handwerk) von Walter Bucorius und von Privatdozent Dr. Karl Köpfe — Satzung.

### Bücheranzeigen

Der Deutsche in der Landschaft. Besorgt von Rudolf W. Schmidt. (Verlag der Bremer Presse, München). — Der Deutsche ist überall zu Haus und nicht zu Haus, ist zu Haus, wo er eben steht. Die Welt geht in ihn ein, indes er in die Welt aufsteht. Er ist der alte Wanderer seiner Geschichte, der Gast auf Erden. Der eigener Schiffahrt fast ganz Verwaiste macht sich auf seinen Sohlen zum Rinde aller Breiten. Der eigener Länderverknüpfender und beieinander Politik fast ganz Enterte überblickt nach Teilung der Erde aus den nur ihm eigenen Höhen des Geistes eine kosmisch tellurische Verhältniswelt, die auf keinen Karavellen und Briggs der seefahrenden Eroberer zu erschaffen war. Der Arme und Verarmte, dem es nicht zum Lebensgenuss, geschweige zum Reifegebe langen will, ergreift aus der Bürgerstube heraus die Welt durch Begründung erobender Wissenschaften. Das nie zur Ruhe getommene Kind der Völkerwanderungen bricht durch seine ungetragenen Grenzen immer wieder in die Welt hinaus und sucht sich Reiche, steht sie, wie sie keiner vor ihm sah, und schreibt seine Geschichte, prüft das von anderen Völkern geschriebene in den siegreichen Maßstäben seines neuen kritischen Vermögens, des Ertrages seiner erzwungenen kummervollen Bekehrtheit, streicht aus und zeichnet neu. Hier in diesem musterhaft gedruckten und ausgestatteten Buch findet sich ein köstlicher, von verständiger Hand besorgter Niederschlag dessen, was deutsche Männer über ihr Erlebnis der Landschaft zu sagen wußten. Es sind kurze Proben, die uns geboten werden. Sie umfassen geographisch die ganze Erde. Der Gehalt der Bände ist einzigartig. Dank der schönen Ausstattung wird das Buch auch äußerlich zu einem Kleinod der Bibliothek.

Marga Bason: „Michael der Abenteuer“. Roman. (Verlag Ullstein, Berlin). — Michael Vorodin ist im wirklichen Leben der Organisator der chinesischen Revolution, der Asien in Bewegung und Aufruhr brachte. Nicht zufällig trägt der Held dieses Romans den gleichen Namen. „Vorodin, der Abenteuer“ ist vom gleichen Format, ein Mann, dem Europa zu klein ist, der zur vollen Entfaltung seiner Kraft die ungeheuren Massen Asiens braucht. Jeder Zoll ein Held, bezaubernd, überwältigend bricht er ein in das dumpfe Gland des sibirischen Nuland. Und was er erlebt, ist eben ein Heldenschauspiel, das mit reicher Phantasie und einer Kraft, die dem großen Vorwurf ebenbürtig ist, gestaltet wurde.

Kurt Faber: „Die Seelenverläufer“. Eine Abenteuergeschichte. (Verlag Scherl, Berlin, Heft 3 M., Ganzleinen 4,50 M.). — Faber, der selbst mehrere Jahre im Nordmeer als Ballfischfänger verbracht hat und in allen Zonen zu Hause ist, schildert jene abenteuerliche Welt mit der großen Sachkenntnis und der bedeutenden Kunst der Erzählung, die allen seinen Büchern einen so großen Leserkreis zuführen.

### Verschiedenes

#### Der deutsche Ozeanflug

Zwischen dem Norddeutschen Lloyd und den Junkerswerken stehen Verhandlungen über die Durchführung eines trans-ozeanischen Fluges vor dem Abschluss. Über die Gründe, die die Leitung des Norddeutschen Lloyd veranlaßt haben dürften, ein solches Unternehmen unter eigener Flagge zu betreiben, wird erklärt, daß der künftige Flugverkehr über den Ozean eines Tages einen Teil derjenigen Aufgaben übernehmen werde, der heute der Schifffahrt zufalle. Auf diesem Gebiet wolle der Norddeutsche Lloyd anscheinend führend vorangehen.

#### Um den Dauerflugrekord

W.D. Dessau, 3. Aug. (Tel.) Heute früh um 5.52 Uhr sind die beiden Rekordflieger Koofe und Mistig mit je einem Hilfsflieger mit Junkersmotormaschinen auf dem Dessauer Flugplatz zu einem Angriff auf den von Amerika gehaltenen Weltrekord von 51 Stunden gestartet. Dabei wurde die neue Zementstartbahn zum ersten Male mit Erfolg benutzt. Die Maschinen kreuzten zwischen Dessau und Leipzig und führen Betriebsstoff für 55 Stunden mit sich. Koofe wird, wie verlautet, von dem Flieger Kohl, Mistig von dem Flieger Rigard begleitet. Koofe war jedoch, nach einer späteren Meldung, gezwungen, auf dem alten Flugplatz in der Nähe der Junkerswerke in Dessau eine Notlandung infolge Versagens der Magneten vorzunehmen. Die Maschine wurde leicht beschädigt.

#### Inwetter in der Schweiz

In verschiedenen Teilen der Schweiz gingen schwere Unwetter nieder, die schweren Schäden anrichteten und den Zugverkehr zeitweilig lahmlegten.

## Staatsanzeiger

### Maul- und Klauenfeude

Nach Meldungen der Bezirksärzte waren am 1. Aug. 1927 verurteilt:

- Amstutz: Eßlingen, Gemeinden Pfaffenrot, Heilberg, Heilberg-Kirchheim.
- Karlruhe: Amlingen.
- Mosbach: Alfeld.
- Tauberhofsheim: Krenshelm, Poppenhäuser.
- Überlingen: Ittendorf.

### Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Polizeiwachmeister Friedrich Gempte in Karlsruhe zum Polizeiwachmeister in Konstanz.

Abschied: Anstaltsdirektor Dr. Max Fischer an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Gestorben: Polizeisekretär Johann Schmidt bei der Polizeidirektion in Baden-Baden.

Justizministerium

Berlekt: Oberregierungsrat Dr. Rudolf Gelling beim Ministerium des Kultus und Unterrichts als Oberregierungsrat zum Justizministerium.

Ernannt: Oberregierungsrat Kaspar Metz im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Ministerialrat daselbst, Amtsgerichtsrat Otto Zimmermann in Wülfl, Regierungsrat Dr. Siegfried Weismann beim Ministerium des Innern und Regierungsrat Dr. Franz Heibelberger beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zu Oberregierungsräten im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Regierungsrat Dr. Otto Mayer beim Bezirksamt Konstanz zum Regierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

### Operette im Konzerthaus

Morgen Donnerstag, den 4. August 1927, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr

## Die Dollarprinzessin

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunner, Kaiseralle, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260) zu M. 1.50—5.50. Freitag: Filmzauber.

### Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

## Zuckerabschlag

Von Montag, den 1. August, ist bei uns der Preis für

**Kristallzucker per Pfd. RM. 0.32**

**Grießzucker " " " 0.34**

**Würfelzucker offen per Pfd. RM. 0.39**

Die anderen Sorten ebenfalls entspr. billiger als seither

©.628 **Der Vorstand.**

Die Firma Friedrich Emmenrich & Co. G.m.b.H., Viehgroßhandlung in Karlsruhe in Baden, ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 7. Juli 1927 aufgelöst. Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert ihre Forderungen beim unterzeichneten Liquidator einzureichen. R.197

Karlsruhe, 22. Juli 1927.  
Der Liquidator:  
Josef Schindler  
Schlachthof.

### Strassenverre.

Nachstehende Strassenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe sollen in den beigefügten Zeiten mit neuen Walzdecken versehen werden. R.239.

1. Kreisstraße Nr. 13, Karlsruhe—Blantenloch, 6 bis 7 km, d. i. zwischen Hagsfeld und Blantenloch vom 9. bis 12. August d. J.

2. Kreisweg Nr. 32, Grödingen—Hagsfeld, von Landstraße Nr. 1, Frankfurt—Wafel, gegen Hagsfeld vom 12. bis 18. August.

3. Derselbe, von der Landstraße Nr. 1 bis Grödingen (Waldstraße) vom 18. bis 22. August.

4. Kreisweg Nr. 32a, Grödingen—Weingarten, von der Waldstraße in Grödingen bis zur Landstraße Nr. 1 (Sellenweg) vom 22. bis 26. August.

5. Kreisweg Nr. 33, Verghausen—Wöschbach, zwischen diesen Orten vom 26. August bis 2. September.

Über die Dauer der Walzarbeiten wird der Fuhrwerksverkehr auf obigen Straßen folgenden Bestimmungen unterworfen:

a) Auf der unter D. 1 genannten Straße haben leichte Fuhrwerke (bis zu einem Höchstgewicht von 40 Zentner einsch. Ladung) vor den Schranken solange zu halten, bis der Walzmeister ihnen die Durchfahrt gestattet. Kraftfahrzeuge haben auf der neuen Walzdecke mit einer Geschwindigkeit von 8 km in der Stunde, die übrigen Fuhrwerke im Schritt zu fahren. Scheuende Zugtiere sind in der Nähe der Dampfwalze von Hand zu führen.

Schwere Fuhrwerke (mit mehr als 40 Zentner Gesamtgewicht) dürfen nur morgens vor 6 Uhr und abends nach 7 Uhr die Walzstraße durchfahren, doch darf auch dann vorübergehende Geschwindigkeit nicht überschritten werden.

b) Auf den unter D. 2 bis 5 genannten Strecken ist der Verkehr nur morgens vor 6 Uhr und abends nach 7 Uhr gestattet. Geschwindigkeit wie oben.

Umgehungswege:  
bei D. 1 Grödingen, Durlach, Rintheim, Hagsfeld,  
bei D. 2 der sog. Sellenweg, Gem. Grödingen,  
bei D. 3 die Waldstraße in Grödingen,  
bei D. 4 Verghausen, Söllingen, Wöschbach.

Zwischenhandlungen werden gemäß § 121 des Polizeiverordnungsbuches mit Bestrafen bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft. D. 88.  
Karlsruhe, den 30. Juli 1927.

Badisches Bezirksamt Abt. IV.

### Bürgerl. Rechtspflege

#### Streitige Gerichtsbarkeit.

#### Konkursverfahren

Offenburg. R.240.

Über das Vermögen des Möbelhändlers Karl Land aus Linz (Amt Rehl) wohnhaft gewesen in Offenburg wird heute am 1. August 1927, Nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Ludwig Steiger in Offenburg wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 17. August 1927 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf:

Mittwoch, den 24. August 1927, Vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtungen aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von Forderungen, für welche

sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 17. August 1927 Anzeige zu machen.

Offenburg, 1. 7. 1927.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts

#### Veröff. Bekanntmachungen

Das Wasser- u. Straßenbauamt Stralsheim a. d. E. vergibt nach dem Erl. d. Finanzministeriums v. 27. 7. 22 u. 22. 7. 24 namens der Gemeinde Wöschbach, Amt Wiesloch, in einem Los:

1. 330 lfdm Zementröhren von 20 bis 60 cm Durchmesser. (Lieferung)

2. 330 lfdm Grabarbeit, Verlegen der Zementröhren und Einbauen von 5 Betonstützen.

3. Herstellung von 720 qm Straßengestell.

4. Herstellung von 280 qm Sandsteinrinnenpflaster.

Bedingungen und Zeichnungen liegen auf dem Geschäftszimmer des Bauamts während der Dienststunden zur Einsicht auf.

Angebotsboordrucke sind daselbst erhältlich. Die Angebote sind verschlossen u. portofrei mit der Aufschrift „Ortsentwässerung Wöschbach“ bis längstens 16. August 1927, vorm. 11 Uhr, beim Wasser- u. Straßenbauamt Stralsheim einzureichen, wofür die Eröffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 10 Tage. R.241.

Wasser- u. Straßenbauamt